

Studierenden Zeitung

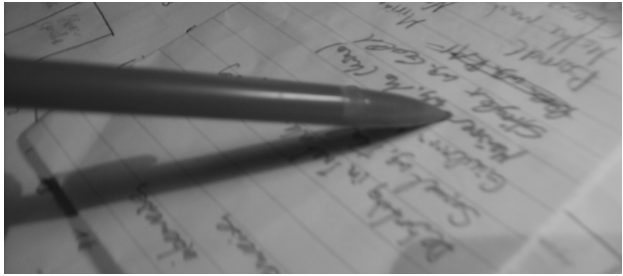
Ausgabe November 2010

Bildungsstreik in Wien...
Audimaxismus statt
Studiengebühren!



Die Welt nicht mehr verstehen...
Vorstellung der SenatorInnen...
Nachtrag zur Integrationsdebatte...





Inhaltsverzeichnis:

Inhaltsverzeichnis	3
Die Welt nicht mehr versteh'n	4
Termine und Infos	7
Bildungsstreik in Wien	8
Vorstellung der SenatorInnen	14
Nachschlag zur Integrationsdebatte	16
Impressum	23

Die Welt nicht mehr versteh'n ...

Die Rede von Eigenverantwortung, selbstregulierendem Markt u.ä. meint: Kümmer' Dich um Deinen eigenen Kram, misch Dich nicht ein! Die Verhältnisse sind nicht zu ändern. Das kann man auch anders sehen.

Ein Essay von Stefan Saviano

Machen wir ein Gedankenspiel. In einer Situation, in der „die Armen“ (mal ganz plump) mit „den lohnabhängigen Arbeitenden“ und „die Reichen“ (ebenso plump) mit „den Unternehmenden“ gleichgesetzt würden und die „Schere zwischen arm und reich“ extrem wäre, wäre es trotz des immensen Reichtums nicht sinnvoll möglich zu investieren, weil keine kaufkräftige Nachfrage, kein zu erwartender Markt bestünde (vor lauter Armut), sondern eher noch Betriebe schließen müssten, was zu weiterer Armut führte, die zu weiter sinkender Nachfrage, zu weiter sich verschlechternden Investitionsmöglichkeiten ... ein Teufelskreis!

Diesem Gedankenspiel ähnelt die Welt leider all zu sehr. Man nennt es wirtschaftliche Rezession, Flaute, Krise. Dass dies aber mit einer übermäßigen Anhäufung von Reichtum, ja dessen kalkulierter Vernichtung einhergeht, wird dabei gerne übersehen. Aber so ist es: Auf der einen Seite anwachsender Überfluss, auf der anderen Mangel: Hier Butterberge, Milchseen, dort: Hunger, Unter- und Fehlernährung; dort ist auch bei uns. Autos auf Halde und ich strampel' täglich mit dem Rad hin und her ;o).

Unvorstellbare Summen, die auf den Finanzmärkten jongliert werden, Renditen bis zu 40% oder mehr (so genau weiß ich das nicht), dann aber wiederum, das kennen wir alle: Sparprogramme der staatlichen Bundes- bis Kommunal- (und Privat-) Haushalte, und wieder unvorstellbare Schuldenberge. Arbeitseinkommen, die nicht zum Leben reichen.

Die meisten (Berufs-) Politiker halten das aber offensichtlich für normal. Der Markt regle sich von alleine, ein natürliches Gleichgewicht, die „unsichtbare Hand“ würde wirken, sobald der Staat sich nur möglichst ganz raushält, keine Gesetze erlasse, die irgendwas regeln (außer den Strafen für Diebstahl und Rebellion), - dann würde alles gut. (Das mit der Bankenkrise kann ja mal vorkommen, nicht der Rede wert.)

Weiterhin gilt: Der Staat solle die Steuern für die Unternehmen so weit wie möglich senken (damit diese investieren), sowie seine Ausgaben für Soziales möglichst zurückfahren und diese Bereiche privatisieren (damit die Menschen nicht „verwöhnt“ werden, sondern möglichst fleißig arbeiten und das BSP steigern). Dies kann aber durchaus strukturell, wie oben im dem Gedankenspiel dargestellt, unmöglich sein!

David Harvey behauptet nun auch, dass die ganze Politik des Neoliberalismus wirtschaftlich für die Katz gewesen sei und ist. Es gibt aber eine andere Wirkung: Existenzangst als Motivationsquelle der Unterwerfung! Das fördert zwar nicht die Kreativität. Aber wenn breite Schichten der Bevölkerung in Angst um den Job gehalten werden, dann muckt keiner auf, niemand stellt „dumme Fragen“ und man kann sie fröhlich rumkommandieren. Es gehe folglich auch um den Erhalt der Machtverhältnisse (= den Erhalt der Besitzverhältnisse). Politik, Demokratie, also das Aushandeln von Entscheidungen über mögliche Zukunftsentwicklungen, seien ja eh' unnötig. Und wenn mal nicht, gibt es die Elite. Die regeln das schon. Ja, ja ...

Das seltsame ist, dass sich kaum jemand dagegen wehrt: So gut wie niemand widerspricht, wenn wieder mal gespart werden soll, Arbeitslose „eigentlich nur faul“ genannt werden oder kriminelle Ausländer abgeschoben werden sollen, Moslems als irgendwie gefährlich bezeichnet werden. Kaum jemand sagt: Die Ursache liegt in einer Politik, die es drauf anlegt, dass Menschen an den Rand der

Gesellschaft gedrängt oder dort gehalten werden, und dass diese Menschen dann selbst verantwortlich dafür sein sollen, dass sie sich dort befinden!

In der Bildung, an der Uni dasselbe: Anstatt Bildungschancen für alle zu eröffnen, wird über die Verknappung und die Zuweisung von Ressourcen an so genannte Talente (Studiengebühren für alle, Förderung nur für Begabte, die sowieso meist aus besser gestellten Familien kommen) eine Hierarchie aufrecht erhalten, die aus Zeiten stammt, als Demokratie noch nicht erkämpft war.

Ausländer und Arbeiter haben weniger Chancen, das belegen Studien z.B. von Pierre Bourdieu, Michael Hartmann oder eine Rede von Bundespräsident Köhler, in der er seinerzeit von einer „feudalen Gesellschaft und ihren durch Herkunft und Geburt bestimmten Lebenswegen“ sprach.

Ja, wo kommen wir denn hin, wenn alle gebildet sind? Wer macht denn dann die Drecksarbeit? Also nochmal: Auch über das Bildungssystem soll die bestehende Gesellschaftsordnung stabilisiert werden. Wer all das nicht sehen will, glaubt oder hofft doch nur, irgendwie irgendwann selber zu den Gewinnern zu gehören. Und nichts wäre da hinderlicher, als sich mit denen, die jetzt schon - oder doch eher - zu den Verlierern gehören, zu solidarisieren! Bloß nicht „negativ“ auffallen ... Phantasie wird verdächtig!

Dass es aber einen anderen Weg gibt als den einer Gesellschaft des Rattenrennens, davon nächstes Mal.

* Auf David Harvey (Eine kurze Geschichte des Neoliberalismus) geht der Kerngedanke dieses Textes zurück. Auf Englisch findet sich eine Vorlesung bei youtube „A brief history of neoliberalism“ ...

** P. Bourdieu: Die Illusion der Chancengleichheit; ders.: Die feinen Unterschiede; M. Hartmann: Der Mythos von den Leistungseliten; ders.: Elitesoziologie. Eine Einführung; H. Köhler: www.bundespraesident.de/-/2.641436/Rede-von-Bundespraesident-Hors.htm

Termine & Infos

AK Zivilklausel

Der AK Zivilklausel sucht Mitstreiter. Momentan recherchieren wir inwieweit eine Zivilklausel an der Universität Stuttgart notwendig ist, und in welchen Fachgebieten mit der Rüstungsindustrie kooperiert wird.

Gleichzeitig sammeln wir Infos von anderen Universitäten, die bereits eine Zivilklausel haben, wie man eine Zivilklausel an der Universität am besten verankert.

Bei Interesse meldet euch einfach bei der Zeitungsredaktion, die eure Anfrage dann weiterleitet.

zeitung@faveve.uni-stuttgart.de

Studierendenzeitung

Die Studierendenzeitung die einmal im Monat in gedruckter und/oder in digitaler Form erscheint lädt zur Redaktionssitzung ein.

Am: Mittwoch den 03.11.2010

Um: 19:30 Uhr

Im: ZFB, Zentrales Fachschaftsbüro; Stadtmitte, Keplerstraße 17, Stockwerk 2a, Zimmer Nr. 2.036

Kontakt: zeitung@faveve.uni-stuttgart.de

Wir suchen jeden der Lust hat mitzumachen!

Beteiligung in Fachschaften und FaVeVe

Das alle sich am Unileben beteiligen ist wichtig, denn wer entscheidet sonst was mit euren Studiengebühren passiert, wenn nicht ihr selbst? Wer hilft sonst wenn es Probleme mit Prüfungen oder Dozenten gibt? Ansonsten gibt es hier eine Menge netter Leute und gute Party ;)

Also auf zu eurer Fachschaft oder direkt zu uns in die FaVeVe. (FaVeVe Sitzung Di. 19:33 im Nili)

Bildungsstreik in Wien...

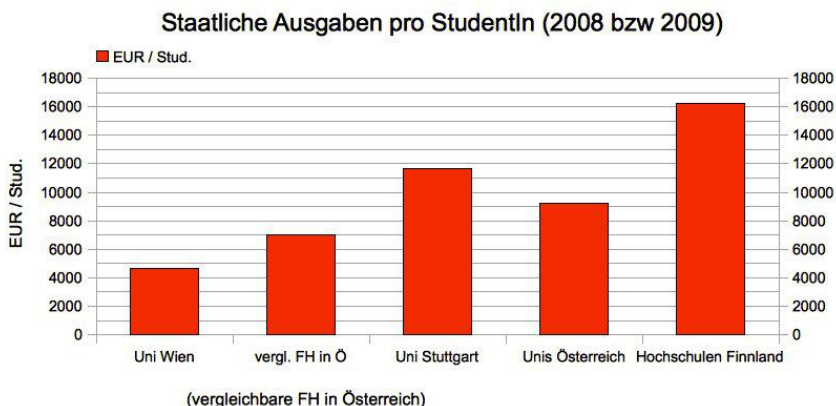
von Nils Langer

Nachdem Wien die europaweiten Proteste letztes Jahr initiiert hatte, ist wenig Handfestes passiert. Beklagt wurde 2009 die miserable finanzielle Ausstattung und die daraus folgende Ökonomisierung der Hochschulen, sowie die überbelegten Hörsäle und Seminare. Bis heute gab es keine Verbesserungen.

Während in den letzten sechs Jahren die Studierendenzahl an der Uni Wien um 26% gestiegen war, wurde das staatliche Budget lediglich um 17% erhöht (inflationsbereinigt: 5...7%). Nun sind bundesweit weitere Kürzungen von 320 Mio Euro geplant.

Laut der Österreichischen HochschülerInnenschaft (ÖH, Dachverband aller Studierenden) wurden in den vergangenen Jahren zusätzlich die Möglichkeiten der studentischen Mitbestimmung extrem beschnitten. So sind diese Entscheidungen ohne wesentliche Mitsprache der maßgeblich Betroffenen getroffen worden.

Hatten sich die Rektoren vergangenes Jahr noch gegen die Besetzungen gestellt, weil die Politik höhere Ausgaben in Aussicht stellte („sind [damals] dem Charme des Ministeriums erlegen“ Rektor



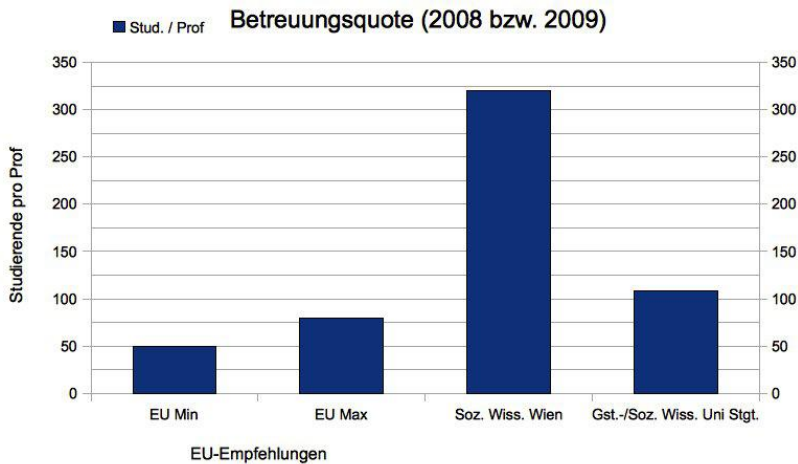
Winckler, 19.10.2010), so haben die aktuell geplanten Kürzungen auch sie auf die Barrikaden getrieben. Nachdem es gemeinsame, öffentliche Beschwerden aller Rektoren im Oktober gab, fanden am 19.10.2010 an allen Hochschulen Österreichs Vollversammlungen (VV) statt – zusammen organisiert von Senaten, Uniräten, Rektoraten, Studierenden und Betriebsräten.

Dort sollte zunächst ein einleitendes Referat zur Lage der Hochschulen gehalten werden. Diesem folgte eine Diskussion (einzelne, vorbereitete Statements) der auf dem Podium vertretenden OrganisatorInnen und eine offene Runde für das Publikum.

Tagsüber wurde für die VV mobilisiert, für die alle Lehrveranstaltungen offiziell ausgesetzt wurden. Die ÖH Wien verteilte Heliumballons mit „Mein Traum: ...“, auf die die persönliche Forderungen geschrieben werden sollten. Bei Äußerungen während der Podiumsdiskussion, die dieser Forderung widersprachen, sollte man den „Traum platzen lassen“.

Die VV an der Uni Wien fand in einem Hörsaal mit ca 350 Plätzen statt. Bereits im Vorfeld war klar, dass der zu klein war, doch das Rektorat verweigerte sich den wochenlangen Forderungen von Betriebsrat und Studierenden, das Audimax dafür zu nutzen. So wurde die Veranstaltung nach draußen und ins Internet übertragen, wo mehrere Hundert die Diskussion verfolgten. Das Rektorat befürchtete offensichtlich zu viele Gegenstimmen im Saal und eine anschließende Besetzung zum einjährigen Jubiläum der Protestwelle 2009.

Während des einleitenden Referats wurden auf der einen Seite viele Forderungen des Bildungstreiks unterstützt, aber andererseits auch Studiengebühren und die „unternehmerische Hochschule“ befürwortet. Der Ökonomeprofessor und Hochschulforscher Aiginger



Aiginger kritisierte die frühe Schultrennung (nach vier Jahren), die Vererblichkeit des sozialen Status, die fehlende Gleichberechtigung und die abgebaute Mitbestimmung. Einst selbst Kämpfer gegen Studiengebühren und für die Drittelparität, sprach er sich jedoch nun auch für Studiengebühren und das Leistungsprinzip aus. Leitmotiv war die Hochschulfinanzierung als wirtschaftlich sinnvolle Investition in Zeiten der Krise, sowie die „Zukunftsausrichtung in den vier großen Feldern Gesundheit, Forschung, Bildung und Umwelt“.

Während der Rektor größtenteils damit übereinstimmte, gab es viel Kritik vom Betriebsrat und der ÖH. Das Problem könne nicht allein mit Geld gelöst werden, die finanzielle Ausstattung ließe überhaupt erst Spielraum für politische Entscheidungen, was mit dem Geld zu machen sei. So wurden vom Betriebsrat mehr Kindergartenplätze, feste Angestelltenverhältnisse, mehr Räume, Gehaltserhöhungen (seit Jahren kleiner als die Inflationsrate) und (außerhalb der eigenen Zuständigkeit) die Gesamtschule gefordert. Auch wurde an die Medien appelliert, einen tiefergehenden Dialog zur Hochschule anzustoßen und sich nicht auf Großereignisse und nüchterne Zahlen zu beschränken. Die Hochschulen als Ort der Kritik (als ihre zentrale gesellschaftliche Aufgabe) müssten dem wieder gerecht werden können und nicht nur zu Innovationsbeschaffungszwecken der

Wirtschaft gehalten werden.

Die ÖH betonte, ihre Zusammenarbeit mit dem Rektorat sei nur über die Einigkeit in der grundlegenden Forderung nach Ausfinanzierung begründet. Nachdem das Rektorat vergangenes Jahr gegen die Besetzungen auftrat und noch immer die Verwirtschaftlichung der Uni Wien vorantreibe, sei es sehr schwierig, gemeinsam dort oben zu sitzen. Außer „unverbindlichen, medienwirksamen Dialogen“ mit Rektorat und Ministerium sei nichts passiert und der Abbau nur schneller voran geschritten. Die Besetzungen seien verzweifelt „gegen die Gesamt-Scheiße“ von Studienfinanzierung bis Knock-Out-Prüfungen gegangen. Es werde schlichtweg nicht mehr auf studentische Anliegen geachtet und so gegen die gewählte Studierendenvertretung gehandelt. Studierende werden nur als Konsumenten der Uni und nicht als gleichberechtigte Mitglieder behandelt, so könnten sie ihre gesamt-universitären Anliegen auch immer weniger einbringen und vertreten. Stattdessen gebe es Elitenförderung, Leistungsstipendien und offene Ohren für Zugangsbeschränkungen und Studiengebühren.

Für Stuttgarter Bildungsstreik-Ohren klingt das alles sehr bekannt. Während bspw. mehr studentische SenatorInnen von der Uni zugelassen wurden, hat sich an der Gesamtausrichtung der Uni an rein wirtschaftlichen Zielen und dem ökonomisch strikten Top-Down-Führungsstil nichts geändert. Ebenso waren die Gespräche mit dem Wissenschaftsministerium BaWü leider reine Ablenkungs- und Beruhigungsmanöver, die keine grundlegenden Änderungen initiieren sollten.

Nach den PodiumsteilnehmerInnen konnte auch das Publikum in die Diskussion einsteigen und vor allem Studierende machten ihrem Unmut über die Hörsaalwahl, die Benachteiligung von Behinderten und ihre Enttäuschung über die fehlende Unterstützung durch die Rektoren vergangenes Jahr Luft.



Ab 16:30 fand eine Demo der Wiener Unis mit ca. 20.000 TeilnehmerInnen statt: Abends gab es noch eine erneute Besetzung des Audimax, die morgens von der Polizei beendet wurde. Die wartenden

Studierenden, die ihre Veranstaltung besuchen wollten, bejubelten die Polizei beim Eintreffen und Eskortieren der verbliebenden zwölf Besetzenden aus dem Hörsaal.



Hier sei mir auch ein persönlicher Kommentar erlaubt: Man fragt sich als Aktiver des Bildungsstreiks in diesen Situationen durchaus

verzweifelt, warum in der Masse die Unterstützung für die (für einen selbst offensichtlichen) Ziele ausbleibt. Liegt es an den Zielen selbst, an der Kommunikation oder am fehlenden Interesse?! Erstes kann kaum zutreffen, wenn die Organisatoren wieder (Uni Wien) oder erstmals (Uni Stuttgart) in die Vertretung gewählt werden. Antworten sind willkommen.

Quellen: Senat Uni Wien, Rektor Uni Wien, Jahresberichte Uni Stuttgart, „Der Standard“

Anm. zum Autor: Ich bin Senatsmitglied (im Urlaubssemester) an der Uni Stuttgart und im Stipendium bei der UNO in Wien. Letztes Jahr war ich bei der Besetzung der Uni Stuttgart dabei und habe den Bildungsstreik lokal und landesweit u.a. gegenüber Rektorat und Wissenschaftsministerium in Verhandlungen und Diskussionen mitvertreten.

Für die VV in Wien und die anschließenden Ereignisse habe ich einen halben Tag frei genommen.

Vorstellung der Senatoren...

von Philipp Rohrbacher

Im Sommer 2010 konnte bei den Wahlen zu den studentischen Vertretern im Senat mit 18,3% eine erfreulich hohe Wahlbeteiligung (wie auch schon im Vorjahr) erreicht werden. Dabei wurden statt 3 nun 7 Senatoren gewählt, die erstmals aus zwei Gruppierungen stammen.

Ab diesem Oktober sind damit für die FaVeVe Tam Nguyen (Technische Biologie, 7. Semester, 23 Jahre) , Alexandra Seregely (Elektrotechnik 5. Semester, 22 Jahre), Tobias Haas (Mathe und Physik, 9. Semester, 24 Jahre), Philipp Rohrbacher (Luft- und Raumfahrttechnik, 5. Semester, 24 Jahre), Valerie von Körber (Luft- und Raumfahrttechnik, 5. Semester, 22 Jahre) und für den Bildungsstreik Eva-Maria Werner (Deutsch und Politikwissenschaft, 5. Semester, 21 Jahre) und Sebastian Fauser (Maschinenbau, 23 Jahre) im Wintersemester bzw. Nils Langer (Luft- und Raumfahrttechnik, 11. Semester, 25 Jahre) im Sommersemester im Senat vertreten.

Senatoren der FaVeVe

Wir sehen uns als Stimmen aller Studierenden. Mit den zusätzlichen Sitzen im Senat können wir dabei nun ein noch breiteres Meinungsspektrum abbilden. Unsere Entscheidungen basieren dabei auf den engen Absprachen, die wir mit den Vertretern aller Fachschaften treffen. Bei den im kommenden Jahr anstehenden strukturellen Veränderungen werden wir dabei konstruktiv im Sinne der Studierenden mitwirken. Hier legen wir beispielsweise sehr großen Wert auf die Erhaltung der „Volluniversität“ Stuttgart. Auch die sinnvolle Ausgestaltung des MINT-Kollegs, die konsequente Umsetzung der Bologna-Reform und der Aufbau einer

wirkungsvollen Lehrevaluation gehören zu unseren Zielen.

Senatoren des Bildungsstreiks

Der Bildungsstreik arbeitet an der Universität Stuttgart als Teil eines bundesweiten Bündnisses für freie Bildung und Chancengleichheit an baden-württembergischen Hochschulen.

Oberste Priorität haben hierbei die studentische Mitbestimmung und ein fairer Zugang zu allen Bildungseinrichtungen. Als SenatorInnen wollen wir die Interessen der Studierenden bündeln und diese im Sinne einer barrierefreien Universität vertreten.

Wir setzen uns zudem für die Gleichberechtigung aller Fakultäten ein und lehnen jegliche Umstrukturierung, die eine Beschneidung einzelner Fakultäten vorsieht, ab.

Damit die Universität Stuttgart ihre Aufgabe der Pflege und Entwicklung der Wissenschaft und Künste im Sinne eines humanistischen Weltbildes wahrnehmen kann, ist eine höhere politische Gestaltungsmöglichkeit seitens der demokratisch gewählten Interessenvertretung im Senat nötig.

Eine Einwirkung externer Interessen auf universitätsinterne Entscheidungen ist zu abzulehnen.

Nachtrag zur Ausgrenzungsdebatte...

von Nils Langer

Die unter dem Namen Integrationsdebatte geführte Diskussion um Sarrazin, Seehofer und deren steile Thesen, ist wieder abgeflaut. Nachdem sich nun alle einmal aufgeregt haben, ist eigentlich kein Ergebnis entstanden, außer dem unnötigen Verbot von Zwangsehen. War doch die Ausübung von Zwang schon bisher ein Verbrechen (mit gleichem Strafmaß), schließlich haben wir ein Gewaltmonopol des Staates. Doch was bleibt, ist die Befürchtung, dass sich die Diskussionsgrundlage im Lichte einer Neuen Rechten in Europa verändert hat. Grundlage der öffentlichen Diskussion ist nicht mehr der Asyl- und Sozialgedanke, sondern der ökonomische Nutzen der Einwanderer. Mit Integration und Zusammenleben hat das nichts zu tun, sondern ist ein Rückfall in das Denken der 50er Jahre und erinnert an die Anwerbung von Gastarbeitern. In die vermeintliche Rationalität der wirtschaftlichen Brauchbarkeit werden zuhauf rechtsextreme Parolen verpackt, die Unterscheidung in Facharbeiter und ungelernte Flüchtlinge läutet darüber hinaus einen Klassenkampf von oben ein. Die Mittelschicht fürchtet um ihre Pfründe, Sündenböcke sind – wie immer – die noch Schwächeren und nicht die Verursacher: Die Stärkeren.

Gleichzeitig wird die Debatte für nationalistische und rassistische Äusserungen genutzt, die aber selten als solche erkannt und unter „das wird man ja noch sagen dürfen“ abgehakt werden. Diejenigen verkaufen ihre Aussagen (oder Bücher) als Tabubruch, dabei begehen sie überhaupt keinen. Das ist eine Facette von Populismus: Die Vermittlung, die Machthaber in Politik und Medien würden einen vorverurteilen und meiden. Dabei tun diese das gar nicht. Eine Event-Zeitschrift wie die BILD greift sowas aber gern auf. Man kann sich nebenbei mal fragen, wie gefestigt eine Demokratie mit dem Selbstbild der Aufklärung ist, in der BILD die meistgelesene Zeitung

ist. Ich finde das schizophren.

Ein europäischer Spätzünder

In Deutschland ist mit der Grundgesetzänderung von 1993 und unter dem bleibenden Eindruck der Lichtenhagener Ereignisse die Asylpolitik verschärft worden. Folge war ein bleibender Einbruch an Asylanträgen, weitere Restriktionen folgten im Aufenthalts- und Bleiberecht.

Politische Eiferer rechts der CDU musste man lange suchen, während in europäischen Demokratien häufig eine rechtspopulistische Partei zum Alltag geworden war. Erst die Schill-Partei (Hamburg) und ProKöln stießen in die halbleere Lücke der Ausländerkriminalität und Islamfeindlichkeit. Davor hatte höchstens Roland „jüdische Vermächtnisse“ Koch damit Wahlkampf betrieben. Europaweit hat sich bis heute - auch dank Post-9/11-Panik - eine Vielzahl von Parteien etabliert, die in den jeweiligen Staaten einen gewissen parlamentarischen Einfluss bis zur Regierungsbeteiligung ausüben: Österreich, Schweden, die Niederlande, Ungarn, Italien. Darüber hinaus gehen andere Staaten rigoros gegen Einwanderer vor oder befriedigen die Islamkritiker mit Minarett- und Burkaverboten: Frankreich, die Schweiz, Belgien, Spanien, Griechenland und die unkontrollierte EU-Grenzpolizei Frontex.

Rechtsextreme = Glatze + Hakenkreuz + Baseballschläger – Schulabschluss ?

Im Gegensatz dazu haben in Deutschland erst lokale Bündnisse wie ProKöln offensichtlich gemacht, dass ein Potenzial für Demos und öffentliche Bekenntnisse gegen den Islam und „Überfremdung“ besteht. An der Resonanz der Medien und Politik konnte man sehen, wie lange es dauerte, bis ProKöln als rechtsextreme Gruppierung erkannt wurde. Es ist eben schwer zu verkraften, wenn da plötzlich

Ärzte und Anwälte gegen Moscheen demonstrieren und nicht Glatzköpfe mit tätowiertem Hakenkreuz und Reichsflagge.

Denn wir haben eigentlich nicht gelernt, warum der Nationalsozialismus schlimm war, sondern nur dass er schlimm war; und woran man genau diesen erkennt. Wir haben ein paar Argumente und Sätze gelernt, die uns beim Hören reflexartig „Nazi!“ denken lassen, Gründe gelernt, warum die Nazis schlecht waren: die Morde, die Zwangsarbeit, die Selektion, die „medizinischen“ Versuche, all deren Industrialisierung, der Krieg, und sehr viel mehr. Das hat in der breiten Bevölkerung eine tiefe und ehrliche Abneigung gegen das Dritte Reich verursacht. Doch die Neuen Rechten sind damit schlecht zu identifizieren, sobald sie ihre braunen Uniformen gegen ein Jackett, aktuelle Parolen und einen vertrauten Sprachrhythmus eingetauscht haben. Ein gleiches Dilemma durchleben wir meiner Meinung nach auch in der Militarisierung und Überwachung der Gesellschaft. Wir wissen – z.B. aus der ostdeutschen Geschichte – wozu ein Staat in der Lage ist, aber können das nicht auf heutige Verhältnisse anwenden.

Ziele und Methoden der Neuen Rechten

Es geht längst nicht mehr um „weggenommene Arbeitsplätze“ und „Juden raus“, so plakativ ist höchstens noch die NPD. Leit motive vieler neuer rechter Bewegungen sind die Abneigung gegen den Islam und die angebliche Verteidigung der Menschenrechte als christlich-abendländische Kulturerrungenschaft. Diese Menschenrechte wollen sie aber den Muslimen zu gewissen Teilen entziehen. Und auch die Kirche hat selten etwas für die Grundrechte getan. Im Gegenteil: Meinungsfreiheit, Religionsfreiheit, der säkulare Staat und die Demokratie mussten gegen sie erkämpft werden. Das Grundgesetz ist nicht vom Christentum, sondern von der Aufklärung geprägt, gegen die sich die institutionalisierte Kirche lange stellte.

Auch sonst unterscheidet sich die aktuelle Diskussion von dem klassischen Straßennazi. Der Sozialdarwinismus, der die Aufteilung der Menschenrechte nach Herkunft, sexueller Orientierung, Religion und Erbgut zur Folge hatte, wird (in der Öffentlichkeit) abgelöst durch die ökonomische Verwertbarkeit der Menschen. Sarrazin schimpfte ja nicht nur über die türkischen „Kopftuchmädchen“ und „Obsthändler“, sondern zuvor auch über die nutzlosen Hartz-IV-Empfänger, die sich im Winter lieber zwei Pullover anziehen sollten anstatt den Staat mit Heizkosten zu belasten. Eine Aufteilung der Menschenrechte auf bestimmte Gruppen wird damit forciert.

Hatte sich die Anfangsdebatte noch um die vermeintlich fehlgeschlagene Integration gedreht, so ist die Politik inzwischen bei der Einwanderungspolitik, also einen Zeitschritt vorher, gelandet. Und wie zu Beginn geschrieben, ist der soziale Gedanke des Aufnehmens, Asyls und Kulturaustauschs keine Gesprächsbasis mehr. Vielmehr zieht man das US-Modell (Green Card) oder das kanadische Punktesystem in Betracht, deren Bewertung auf dem ökonomischen Vorteil des aufnehmenden Landes beruht. Abgesehen davon, dass der wirtschaftliche Nutzen nur bedingt mit dem Integrationserfolg zu tun hat, sind die Folgen leider absehbar. Ist das wichtigste Argument zur Einwanderung die Brauchbarkeit für Arbeit, so wird die Abschiebung früher oder später nach dem gleichen Muster gefordert werden: Bei Arbeitslosigkeit, Krankheit, Rente, Kriminalität, Arbeitslosigkeit von Deutschen oder Aufsässigkeit. Dabei werden Menschenrechte ökonomisiert und nationalisiert!

War Peter Hartz noch schlicht ein Neoliberaler, der die Sozialgesetze aus Effizienzgründen ihrem Wortsinn beraubte, so verbreiten Sarrazin, Stadtkewitz und Seehofer rassistische Thesen (z.B. „jüdische Gene“ und die Ablehnung ganzer Kulturkreise). Heute mischen sich die Ansätze von Neoliberalen (die Armen sind selbst Schuld) und Rechten (die Ausländer sind Schuld), denn dank schlechterer Aufnahme in die gemeinsame Gesellschaft sind

Zugewanderte häufiger arm. Da haben beide einen gemeinsamen Feind. Sarrazin vereint eben diese zwei Argumentationsstränge in seinem Buch „Deutschland schafft sich ab“. Und die ängstliche Mittelschicht mit Zeitverträgen und real-sinkenden Einkommen fühlt sich davon ebenso angesprochen wie die Ultra-Konservativen und Rechten. So erhält die „Nation“ plötzlich wieder einen emotionalen Wert, der doch bisher so angenehm klein gehalten wurde.

Deutschland ein Einwanderungsland ?

Die einfache Lösung ist (wie schon bei den Gastarbeitern) die des „temporären Aufenthalts“ (Duldung), damit scheint man niemandem weh zu tun. Doch wenn man sich weder für die Abschottung noch für die Öffnung entscheidet, kann es auch keine einheitliche Einwanderungs- und Integrationspolitik geben. Nur mit einem Ziel und einer Vision können zukunftsweisende Wege beschritten werden; und das sollte nicht wieder die Endlösung sein. Die Zugezogenen brauchen rechtliche und soziale Sicherheit und kein Damokles-Schwert der Abschiebung über sich. Erst wenn man sich willkommen fühlt, ist man auch in der Lage, sich einzuleben. Das kennt man selbst ja auch von einer neuen Arbeitsstelle, einem Sportverein oder dem Studienbeginn. Daher sind auch die aktuellen Gesetzesänderungen lediglich medientaktisch und nicht integrationspolitisch bedingt. Man solle nicht glauben, dass die Koalition in den vergangenen Monaten nun ein ernsthaftes Konzept entwickelt hätte. Leider gilt das aber auch nicht für die vorherigen Regierungen.

Fazit

Worauf die aktuelle Diskussion hinausläuft, ist die Aufteilung der eigentlich bedingungslosen, universellen Menschenrechte. Die Vermischung mehrerer gesellschaftlicher Konflikte (arm-reich, deutsch-Ausländer) wird zunächst klassisch-stellvertretend über die

Religion (Islamfeindlichkeit) ausgetragen und vermeintlich rational über die Wirtschaftlichkeit von Zuwanderung (qualifizierte Einwanderung). Dabei können zwar ökonomisch sinnvolle Maßnahmen entstehen, die jedoch jeden menschlichen Charakter verlieren. Daher sollten sich die Beteiligten in Medien und Politik ihrer Argumentationsbasis klar werden. Sie darf nicht darauf beschränkt werden, das BIP zu steigern, sondern denjenigen, die nach Deutschland kommen, und den bisherigen Einwohnern eine Perspektive zum gemeinsamen Leben zu geben.

Erst wenn man sich der Argumentation und der Ziele bewusst ist, kann Integrations- und Einwanderungspolitik gewissenhaft angegangen werden. Bis dahin ist es also noch ein weiter Weg.

Ausgabe 6, November 2010

Herausgeber:
AK Bildung - ein Arbeitskreis der FaVeVe
c/o Zentrales Fachschaftsbüro
Keplerstraße 17
70174 Stuttgart

Email: zeitung@faveve.uni-stuttgart.de

Hinweis: Die in den Beiträgen veröffentlichten Aussagen und Meinungen sind die der jeweiligen VerfasserInnen. Sie sind - sofern nicht anders angezeigt - keine Meinungsäußerung des AK Bildung oder der FaVeVe.

V.i.S.d.P.: Nils Langer
Layout und Cover: Fabian Janssen
Fotos und Grafiken: Nils Langer

Erstellt mit Open Source Software.
Lizenz: Creative Commons, CC-BY-NC-SA

Verbreitung und Verarbeitung ist ausdrücklich erwünscht

<http://www.faveve.uni-stuttgart.de/ak-bildung/wp/>
<http://www.faveve.uni-stuttgart.de/>



Bus ins Wendland zur Castor-Blockade:

Abfahrt Stuttgart:

Wo: Bushaltestellen vor dem
Hauptbahnhof

Tag: 05.11.2010

Wann: 23:35 Uhr

Rückfahrt:

Tag: 06.11.2010

Wann: 19:00 Uhr

Ansprechpartner:

Reisbüro Wollenberg

Frau Hättinger

reisebuero-wollenberg@web.de

Tel.: 07131 - 84259



Kosten:

Normal 50 €

Ermäßigt 40 €

Studierende fahren ermäßigt!

**Aktionen in Süd-
deutschland:**

www.castor-suedblockade.de

**Weitere Infos &
Abfahrtorte:**

www.bund-bawue.de